

TOP 3.7.2 EU-USA Handels- und Investitionsabkommen (TTIP)

1. Beschreibung der Problematik

Das EU-USA-Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) wird seit Juli 2013 verhandelt. Die sechste Verhandlungsrunde fand von 14. bis 18. Juli 2014 in Brüssel statt. Die Verhandlungsrunden zwischen VertreterInnen der EU-Kommission und der US-Regierung finden in der Regel alle zwei Monate statt. Gegenstand des Abkommens ist unter anderem die **weitreichende Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, landwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen und der Vergabe öffentlicher Aufträge**. Das Abkommen sieht auch **Investitionsschutzbestimmungen** vor, und auch der Schutz geistiger Eigentumsrechte soll mit TTIP vorangetrieben werden. Das Abkommen ist aufgrund der **intransparenten** Verhandlungen, zahlreicher Bedenken bezüglich der Verhandlungsinhalte und möglicher **negativer Auswirkungen auf KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen und Umwelt** in der öffentlichen Diskussion immer stärker in die Kritik geraten.

Wachstums- und Beschäftigungsversprechen durch TTIP sind auf Sand gebaut

Die EU-Kommission bewirbt TTIP als Motor für Wachstum und Beschäftigung. Ein genauerer Blick auf die wichtigsten Studien zu den Auswirkungen des Abkommens lässt diesbezüglich jedoch Zweifel aufkommen. Laut der Folgenabschätzung der EU-Kommission, die auf einer Studie des Londoner Forschungsinstituts CEPR basiert, soll das Abkommen in einem optimistischen Szenario zu einem **Anstieg der Wirtschaftsleistung in der EU von rund 0,5%** führen – allerdings nur **in einem Zeitraum von zehn Jahren** (dh max 0,05% pa). Für das realistischere „weniger ambitionierte“ Szenario bleibt lediglich ein einmaliger BIP-Anstieg von rund 0,3% innerhalb von zehn Jahren übrig. Es werden zwar keine Aussagen zu Netto-Beschäftigungseffekten gemacht, dafür werden aber Arbeitsplatzverschiebungen in der EU als Folge von TTIP vermutet. Laut der Studie würden zwischen 430.000 und 1,1 Millionen ArbeitnehmerInnen in der EU temporär ihren Job verlieren. Zudem ist zu kritisieren, dass die geläufigen Studien zu TTIP die gesellschaftlichen Kosten aufgrund der Änderung von Regulierungen und makroökonomische Anpassungskosten ignorieren oder zumindest unterschätzen.

2. Stand der Verhandlungen und das Online-Tool „no2isds“

Während die VerhandlerInnen in den ersten Verhandlungsrunden in erster Linie auf der Basis von Positionspapieren diskutierten, finden nun in zahlreichen Verhandlungsbereichen Verhandlungen auch auf Basis konkreter Textentwürfe statt. Bereits Anfang 2014 sind Zollangebote ausgetauscht worden, auch im Bereich der Liberalisierung von Dienstleistungen finden die Verhandlungen auf der Grundlage bereits ausgetauschter Angebote statt. Konkrete Ergebnisse aus den Verhandlungen liegen noch nicht vor.

Die Verhandlungen sind völlig **intransparent**. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten verfügen prinzipiell nur über jene Verhandlungsdokumente, die die EU-Kommission in den Verhandlungen vorlegt. Auf Wunsch der US-Regierung sind die Verhandlungsdokumente, die die US-Regierung zur Diskussion vorlegt, weder den EU-Mitgliedstaaten noch dem EU-Parlament zugänglich. Nun hat die US-Regierung kürzlich dem Kompromiss zugestimmt, dass VertreterInnen der Mitgliedstaaten sowie be-

stimmte Abgeordnete des Handelsausschusses im EU-Parlament bestimmte konsolidierte Verhandlungstexte, in speziellen „Leseräumen“ – ohne Mitnahme elektronischer Geräte – ansehen können.

Ein besonders heikles Kapitel im TTIP ist der Investitionsschutz und das „**Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren**“ (ISDS). ISDS bietet ausländischen InvestorInnen die Möglichkeit, Staaten, in denen sie investiert haben, bei internationalen, aber geheimen Schiedsgerichten, zu klagen. Damit können sie mit Klagen vor privaten Ad-hoc-Schiedsgerichten gegen jene Gesetze und Verordnungen vorgehen, die zuvor von souveränen Staaten beschlossen worden sind, aber nun aus Sicht der InvestorInnen den Erfolg ihrer Investitionen (oder bloß die Gewinnaussichten) gefährden. Aufgrund der andauernden Proteste von BürgerInnen, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft hat die Kommission im März 2014 eine **öffentliche Konsultation** über das Kapitel gestartet und die Verhandlungen zu diesem Thema ausgesetzt.

Die BAK hat sich an der Konsultation beteiligt und gemeinsam mit ÖGB und Friends of the Earth ein Online-Tool eingerichtet, um BürgerInnen und Zivilgesellschaft die Beantwortung der technischen Fragen zu erleichtern. Das **Online-Tool „no2isds“** wurde mit **mehr als 23.000 Beteiligungen** sehr gut angenommen. Insgesamt haben sich rund 150.000 Personen bzw Institutionen an der Befragung beteiligt. Davon sind allein aus Österreich 33.753 Antworten gekommen; diese machen **22,59 %** an der gesamten Beteiligung aus. Wir gehen davon aus, dass ein **Großteil unsere Website** dazu genutzt hat. Das Ziel die Öffentlichkeit zu sensibilisieren konnte über Österreich hinaus erreicht werden. Die Grundposition, wonach die USA und die EU Demokratien mit funktionierender Rechtsstaatlichkeit sind und daher keine private Gerichtsbarkeit aufzubauen ist, die multinationale Unternehmen Privilegien einräumt (auch Diskriminierung von InländerInnen), hat sich gut etabliert.

3. Position/Forderung der AK

Die Kernforderungen der AK umfassen folgende Punkte:

- **Nein zu Investitionsschutzbestimmungen und Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS)**
- **Keine Senkung von Schutzbestimmungen im Zuge der regulatorischen Agenda**
- **Dienstleistungen – keine Liberalisierung durch die Hintertür**
- **Einklagbare Arbeitsstandards statt eines zahnlosen Nachhaltigkeitskapitels**
- **Ablehnung der intransparenten Verhandlungen**

4. Aktionen der AK

Im Anschluss an die erfolgreiche Kampagne „no2isds“ werden weitere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten gesetzt. Bereits in Konzeption befinden sich Veranstaltungen zum Thema im Rahmen des Euroclub Wien (6.10.) sowie gemeinsam mit dem VÖWG und dem Städtebund am 13.11. im Rathaus.

Vor der interessenpolitischen Stoßrichtung ist insbesondere auch das **fertig verhandelte Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA)** in den Fokus zu nehmen. Es bildet eine Art Blaupause für das TTIP und soll in den nächsten Monaten ratifiziert werden. Dies bildet einen weiteren Anlass für entsprechende Interventionen des Hauses.